



SSK - Schweizerische Staatschreiberkonferenz
CCE - Conférence suisse des Chanceliers d'Etat
CCS - Conferenza svizzera dei Cancellieri di Stato

Jahresbericht

für das Geschäftsjahr 2018/2019



Inhaltsverzeichnis

1	Personelles und Organisatorisches	3		
1.1	Zusammensetzung des Vorstands	3		
1.2	Zusammensetzung der Konferenz	3		
2	Aktivitäten der Konferenz	4		
2.1	Vorstandssitzungen	4		
2.2	Mitgliederversammlung	4		
2.2.1	Herbstkonferenz vom 14. /15. September 2018 in Genf	4		
2.2.2	Frühjahrskonferenz vom 4./5. April 2019 im Kanton Uri	5		
2.3	Studienreise	5		
2.4	Arbeitsgruppe « Zukunft »	5		
3	Vertretung in anderen Institutionen	7		
3.1	Konferenz der PräsidentInnen der interkantonalen Konferenzen	7		
3.2	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KOSEKO)	7		
3.3	Vorstand der Gesellschaft für Parlamentsfragen	7		
3.4	Vorstand der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK)	8		
3.5	Vorstand des Vereins eJustice.CH (für die Informatikentwicklung im juristischen Bereich)	8		
3.6	Vorstand der ch Stiftung für Eidgenössische Zusammenarbeit	8		
3.7	Steuerungsausschuss E-Government Schweiz	8		
3.8	Fachgruppe Cyber, Sicherheitsverbund Schweiz (SVS)	9		
3.9	Steuerungsausschuss Vote électronique	9		
3.10	Institutsrat des Instituts für Föderalismus	10		
3.11	Runder Tisch Open Government Data (OGD)	10		
3.12	Andere Vertretungen	10		
3.12.1	Planungsausschuss E-Government Schweiz:	10		
3.12.2	Interkantonale Arbeitsgruppe E-Government (AGe-Gov)	11		
4	Laufende Projekte	12		
4.1	LexFind	12		
4.2	Mokka/Ristretto	Erreur ! Signet non défini.		
5	Andere Aktivitäten	13		
5.1	Veröffentlichung von Studien	13		
5.2	Interkantonale Vergleiche	13		

Freiburg, August 2019

Korrespondenzadresse

—

Schweizerische Staatsschreiberkonferenz, c/o Staatskanzlei des Kantons Freiburg, Chorherrengasse 17, 1700 Freiburg, Tel.: +41 (0)26 305 10 40. E-Mail: info@ssk-cce.ch, www.cce-ssk.ch

Titelbild: Altdorf, 3. April 2019, Frühjahrskonferenz

1 Personelles und Organisatorisches

1.1 Zusammensetzung des Vorstands

Der Vorstand setzte sich im Geschäftsjahr 2018/2019 wie folgt zusammen:

Präsidentin	Barbara Schüpbach-Guggenbühl, Staatsschreiberin des Kantons Basel-Stadt
Vizepräsident	Stefan Bilger, Staatsschreiber des Kantons Schaffhausen
Vertreter des Bundes	Walter Thurnherr, Bundeskanzler
Generalsekretärin	Danielle Gagnaux-Morel, Staatskanzlerin des Staates Freiburg
Verantwortlicher Institutionen	Lukas Gresch-Brunner, Staatsschreiber des Kantons Luzern

1.2 Zusammensetzung der Konferenz

In der Berichtsperiode gab es keine Änderung der Zusammensetzung der Konferenz.

2 Aktivitäten der Konferenz

2.1 Vorstandssitzungen

Im Laufe des Berichtsjahrs tagte der Vorstand vier Mal, am 17. August 2018 in Basel, am 5. November 2018 in Bern, am 18. Februar 2019 in Bern und am 17. Juni 2019 in Bern.

Das Thema E-Voting war in den Diskussionen besonders präsent. Die Konsequenzen des Entscheids des Kantons Genf, seine E-Voting-Lösung aufzugeben, wurden sehr eng verfolgt, das gilt auch für die Publikation des Quellcodes des Systems der Schweizerischen Post und die damit verbundenen Intrusionstests vor der Inbetriebnahme eines Systems mit universeller Verifizierbarkeit. Der Vorstand hat eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, welche die Aufgabe hat, ein Kommunikationskonzept rund um das E-Voting zu erarbeiten, und validierte deren Arbeit zuhanden der Konferenz.

Der Vorstand hat zudem eine Reflexion über die Positionierung der Konferenz lanciert. Er hat eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, deren aktuelle Resultate weiter unten präsentiert werden. Er schlug der Versammlung eine Erhöhung des Jahresbeitrags pro Mitglied auf 1000 Franken vor (statt 200 Franken wie bisher), um so teilweise die Tätigkeit des Sekretariats und Projekte im Interesse der SSK finanzieren zu können.

Ein generelles Konzept für die Realisierung einer Webseite der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz wurde vom Vorstand anlässlich seiner Sitzung vom August 2018 genehmigt, und der Entscheid, diese zu realisieren wurde in der Sitzung vom November 2018 gefällt. Die Website www.ssk-cce.ch wurde im Juni 2019 aufgeschaltet und wird laufend mit News der Konferenz auf datiert.

Der Vorschlag zur Anpassung des Reglements der Staatsschreiberkonferenz der Ostschweiz wurde der Plenarkonferenz überwiesen. Der zentrale Punkt betrifft die Dauer der Mandate der Mitglieder, die von vier Jahren auf zwei Jahre verkürzt wurde. Ein Sitz wird einer Vertreterin oder einem Vertreter der lateinischen Schweiz garantiert.

2.2 Mitgliederversammlung

2.2.1 Herbstkonferenz vom 14. /15. September 2018 in Genf

Anlässlich der Herbstkonferenz wurden der Jahresbericht und die Jahresrechnung 2017/18 genehmigt und die Mitgliederbeiträge für das Mandatsjahr 2018/19 festgelegt. Der neue Kostenverteilungsschlüssel für Lexfind wurde genehmigt.

Die Mitglieder nahmen von den Fortschritten im Bereich E-Voting, namentlich von der Bereitstellung einer Anwendung mit universeller Verifizierbarkeit der Schweizerischen Post und des Kantons Genf, Kenntnis. Die Planung der Arbeiten am Gesetz über die Politischen Rechte wurde ebenfalls präsentiert. Die Empfehlungen der Arbeitsgruppe für das Kommunikationskonzept zu diesen Themen wurde genehmigt.

Eine kontroverse Debatte über die Sicherheit des E-Voting fand zwischen den Herren Oliver Spycher von der Bundeskanzlei und Claudio Zanetti, Nationalrat der SVP/ZH, statt.

Die Mitgliederversammlung genehmigte die Vorschläge der Kommission zur Erhöhung der Mitgliederbeiträge und zur Realisierung der Internetseite. Sie hat jedoch die Entscheidung zur Überarbeitung des Reglements der Konferenz verschoben.

Die Konferenz wurde über die laufenden Änderungen informiert, die den Ersatz des Werkzeugs MOKKA durch eine Lösung, die vollständig von der KdK betrieben wird, betreffen.

2.2.2 Frühjahrskonferenz vom 4./5. April 2019 im Kanton Uri

Aufgrund der äusserst winterlichen meteorologischen Verhältnisse (gegen einen Meter Neuschnee, der in der Nacht fiel), hat Roman Balli die ursprünglich in Andermatt geplante Konferenz spontan nach Altdorf verschoben. Alles lief perfekt und wurde meisterhaft organisiert.

Das Hauptthema der Frühjahrskonferenz war die «Aktuelle E-Gov-Strategie des Bundes und der Kantone vor dem Hintergrund der Digitalisierung der Verwaltung». Drei Redner referierten zu diesem Thema: Peter Fischer, Delegierter für die Informatikstrategie des Bundes, Regierungsrat Marcel Schwerzmann, FIND LU und Präsident des Rats von E-Operations Schweiz AG und der Schweizerischen Informatikkonferenz, Stéphane Schwab, Verantwortlicher des E-Government-Sekretariats FR, zeigten verschiedene Facetten der Problematik auf.

Der Bundeskanzler Walter Thurnherr hat die Konferenz über die problematische Situation des E-Votings nach der Publikation des Quellcodes informiert. Die BK wird vor einer Entscheidung zum weiteren Vorgehen ein zusätzliches Audit veranlassen. Die Kantone sind gegenüber dem E-Voting noch immer positiv eingestellt.

Der Vize-Bundeskanzler André Simonazzi hat über die Situation bei der der Stimm- und Wahl-App informiert (Vote info). Die Rückmeldungen waren positiv. Ein Pilotprojekt mit dem Kanton Zürich wird für die kommunalen Wahlen und Abstimmungen lanciert.

Die Änderung des Organisationsreglements (Verkürzung der Mandatsdauer) wurde genehmigt und tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

Der Fortschritt der Arbeiten der Arbeitsgruppe Positionierung der SSK (die in AG Zukunft umbenannt wurde) wurde präsentiert und genehmigt. Es wurde namentlich entschieden, die Arbeiten künftig auf wichtige Themen für die SSK und nicht alleine auf die Kommunikation zu konzentrieren, wie dies ursprünglich vorgesehen war.

2.3 Studienreise

Vom 29. Mai bis 2. Juni 2019 fand die alle drei Jahre stattfindende Studienreise der SSK statt, welche dieses Jahr nach Portugal führte. Unter der kundigen Organisation und Begleitung des Schweizer Botschafters in Portugal, Botschafter André Regli, konnten wir in Lissabon und in Porto den Staatsaufbau, die Staatsorganisation und die Aufgabenteilung zwischen den staatlichen Ebenen durch verschiedene Besuche der entsprechenden Institutionen und durch verschiedene Arbeitstreffen mit den Vertretern der Institutionen und weiteren Personen der Zivilgesellschaft sowie der Wirtschaft kennenlernen und einen intensiven Meinungsaustausch pflegen.

Stefan Bilger

2.4 Arbeitsgruppe « Zukunft »

An ihrer Frühjahrskonferenz 2018 setzte die SSK eine Arbeitsgruppe ein, welche die Überlegungen des Vorstandes zur Positionierung der SSK weitertreiben und Positionspapiere erarbeiten soll (vgl. oben). Insgesamt soll die Arbeitsgruppe das Potenzial der SSK in inhaltlichen Fragen besser nutzen. Interessierte Mitglieder wurden eingeladen, sich zu melden. Am 24. August 2018 traf sich die Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Ratsschreiber Roger Nobs (AR) zu ihrer konstituierenden Sitzung. Die Arbeitsgruppe setzt sich wie folgt zusammen:

Kathrin Arioli, ZH

Christoph Auer, BE

Lukas Gresch-Brunner, LU

Daniel Spadin, GR

Vincenza Trivigno, AG

Gladys Winkler Docourt, JU

Horst Schädler, FL

Die Arbeitsgruppe präziserte zunächst die Ziele, ihre Arbeitsweise und eruierte mögliche Themenfelder. Anlässlich der Herbstkonferenz der SSK stellte sie ihre Grundsatzentscheide vor und liess diese durch die SSK bestätigen. Die Arbeitsgruppe behandelt grundsätzliche Themen, die die SSK künftig beschäftigen könnten, bzw. mit denen sich die SSK frühzeitig beschäftigen muss. Sie wirkt in diesem Sinne eher gegen innen als zugunsten einer stärkeren Positionierung der SSK nach aussen.

In den folgenden Sitzungen schärfte die Arbeitsgruppe ihre thematischen Schwerpunkte und legte ihre Prioritäten fest. Zunächst konzentriert sich die Arbeitsgruppe auf das Themenfeld Behördenkommunikation. Insbesondere sollen die Auswirkungen der Veränderung der Medienlandschaft auf die Behördenkommunikation untersucht werden. Ausserdem erarbeitet die Arbeitsgruppe eine Übersicht zur Praxis der Behördenkommunikation der Kantone vor eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen. Erste Resultate werden der SSK an ihrer Herbstkonferenz 2019 präsentiert.

3 Vertretung in anderen Institutionen

Während der Berichtsperiode wurde die Konferenz von gewissen Mitgliedern in anderen Institutionen vertreten. Ihre Vertreterinnen und Vertreter erstatten in den folgenden Abschnitten kurz Bericht über ihre Aktivitäten.

3.1 Konferenz der PräsidentInnen der interkantonalen Konferenzen

Die Präsidentinnen und Präsidenten der Fachdirektorenkonferenzen und unserer Konferenz treffen sich zweimal jährlich, im Januar zur Klausur in Spiez und im September in Bern. Ziel ist unter anderem der Koordinationsbedarf zwischen den Konferenzen. Die SSK kann sich jeweils punktuell einbringen, um u.a. Doppelspurigkeiten mit der KdK zu vermeiden. Im Berichtsjahr wurde die bisherige „Tour de table“ ersetzt, um das Anliegen einer strategischeren Ausrichtung der Präsidientreffen aufzunehmen. Stattdessen wurde auf der Grundlage des Test-Cockpits Föderalismusmonitoring 2018 eine gemeinsame Diskussion zum Handlungsbedarf geführt. Die Umstellung wurde grundsätzlich begrüsst, eine Vorarbeit der KoSeKo scheint aber zwingend. Im zweiten Teil wurden die aktuellen, gemeinsamen Schwerpunktthemen (Europapolitik, Aufgabenteilung, Digitalisierung/E-Government, Legislaturplanung) diskutiert. Im Europadossier sprachen sich die anwesenden Konferenzpräsidien mehrheitlich für ein "Ja, aber" aus.

An der Septembersitzung sind u.a. die Legislaturplanung des Bundes 2020- 2023, die digitale Verwaltung und das Europadossier traktandiert.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl, BS

3.2 Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KOSEKO)

Die Konferenz der Generalsekretäre der Direktorenkonferenzen (KOSEKO) hat im Berichtsjahr viermal getagt und eine Weiterbildung durchgeführt. Die KOSEKO befasst sich vornehmlich mit der internen Koordination unter den (professionell geführten) Direktorenkonferenzen im Haus der Kantone zu Themen wie Kommunikation, Geschäftsführung und Organisation. Im Zentrum des Interesses aus Sicht der Staatsschreiberkonferenz standen Themen wie der Übergang der Datenbank der Bundesgeschäfte (MOKKA) zum neuen Produkt RISTRETTO, die Überlegungen zur möglichen Vereinheitlichung der GEVER-Systeme der Direktorenkonferenzen sowie die Handhabung der Kommunikation von Kantonen und Direktorenkonferenzen bei eidgenössischen Abstimmungen.

Lukas Gresch-Brunner, LU

3.3 Vorstand der Gesellschaft für Parlamentsfragen

Der Vorstand traf sich in der Berichtsperiode 2018/2019 zu drei Vorstandssitzungen. Neben den üblichen statutarischen Themen bildeten die Themensetzung für das Mitteilungsblatt, der Bericht aus dem Forum für Parlamentsdienste und die Mitteilungen aus den Kantonen Schwerpunkte. Das Mitteilungsblatt II/2018 befasste sich mit der Zentralisierung der Parteien, also den Tendenzen, dass sich Parteien auf kantonaler Ebene immer mehr der landesweiten Parteidisziplin und generell einem Fraktionszwang unterwerfen müssen. Die Jahreskonferenz am 10. November hatte als Schwerpunktthema 100 Jahre Proporzwahl (zugleich Schwerpunktthema des Mitteilungsblattes III/2018) in der Schweiz. Das Thema ist auch im Lichte der bundesgerichtlichen Rechtsprechung in einigen Kantonen nach wie vor aktuell. Das erste Mitteilungsblatt 2019 thematisierte die Rechte, die Organisation und die Attraktivität von Gemeindeparlamenten.

Generell wird die Legislative gegenüber der Exekutive immer selbstbewusster und selbstständiger. Das Modell der in die Staatskanzleien integrierten Parlamentsdienste wird zum Auslaufmodell, selbst im Kanton Glarus erfolgte eine Teilverselbstständigung des Ratssekretariates. Auch werden auf kantonaler Ebene Forderungen nach einer besseren personellen Ausstattung der Parlamentsdienste, unter anderem mit wissenschaftlichen

Mitarbeitenden, immer lauter, dies vor dem Hintergrund des grossen Wissensvorsprungs von Regierungen und Verwaltung gegenüber den Parlamenten. Ob dies der parlamentarischen Arbeit immer zum Vorteil gereicht, wäre auch eine Diskussion Wert. 2019 stehen Gesamterneuerungswahlen im Vorstand an, denen sich der Schreibende zum letzten Mal stellen wird.

Hansjörg Dürst, GL

3.4 Vorstand der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK)

Der Vorstand tagte drei Mal. Er validierte zuhanden der Arbeitskonferenz das von ihr verabschiedete Projekt zur Neuausrichtung der SIK, dessen Ziel es ist, den Austausch zwischen den Behörden zu intensivieren, um die Digitalisierung in der Schweiz vorwärts zu bringen. Diese Neuausrichtung erlaubt es den Gemeinden, Mitglieder zu werden, und verleiht gewissen Institutionen den Titel eines Gastes. Der Vorstand hat beschlossen, eine Datenbank für das Management der politischen Dossiers im Bereich Informatik aufzubauen (NB: Es handelt sich um die Datenbank Ristretto der KdK, die speziell für informatikbezogene Dossiers konfiguriert wird). Er entschied, ein Projekt zur Revision der allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Beschaffung von Informatikmitteln zu lancieren. Der Vorstand der SIK führt ferner eine Sensibilisierungskampagne für die Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten der AHV-Nummer im Bereich E-Government.

Danielle Gagnaux-Morel, FR

3.5 Vorstand des Vereins eJustice.CH (für die Informatikentwicklung im juristischen Bereich)

Zur Erinnerung: Der Verein eJustice.CH, der vom Direktor BJ präsiert wird, will den Einsatz der Informationstechnologie im Rechtsbereich fördern. Die Staatsschreiberkonferenz wird von der Staatskanzlei des Kantons Waadt im Vorstand des Vereins vertreten. Im Rahmen der Harmonisierung der Gesetze, die in der Strategie E-Government Schweiz anvisiert wird, ist der Verein für die Entwicklung einheitlicher technischer und methodischer Standards für die Veröffentlichung von Erlassen, Entscheiden und anderen Rechtsdokumenten verantwortlich. Im Übrigen organisiert der Verein jährliche Rechtsinformatikseminare in Magglingen: Die Rechtsinformatikseminare 2018 und 2019 haben sich auf die zu erwartenden zukünftigen Auswirkungen der Blockchain-Technologie, die Situation bei den elektronischen Urkunden und elektronischen Registern, neue Desktop-Softwares und Softwares zur Editierung und Publikation von Rechtstexten, die AHV-Nummer als eindeutiger Identifikator sowie das Projekt der «Nationalen Adressdienste» konzentriert.

Vincent Grandjean, VD

3.6 Vorstand der ch Stiftung für Eidgenössische Zusammenarbeit

Der Vorstand hat in der Berichtsperiode zwei Mal getagt. Zusätzlich zu Budgets und Jahresrechnung hat der Vorstand die Reorganisation des Sekretariats der ch Stiftung, die vom Leitenden Ausschuss nach dem Weggang der Generalsekretärin Sandra Maissen ausgearbeitet wurde, diskutiert und beschlossen. Der Vorstand hat das Aktivitätsprogramm der verschiedenen Einheiten der ch Stiftung validiert und beschäftigt sich insbesondere mit Fragen, die mit der Sorge für den Föderalismus zu tun haben. Er hat entschieden, einen besonderen Schwerpunkt auf die Transformation der Medien und deren Einfluss auf den Föderalismus zu legen. Ein thematisches Seminar dazu wird für den 18. November 2019 organisiert.

Danielle Gagnaux-Morel, FR

3.7 Steuerungsausschuss E-Government Schweiz

Der Steuerungsausschuss tagte drei Mal, am 30. Oktober 2018, am 9. April 2019 und am 3. Juni 2019. Die Kantone werden darin von Pierre Maudet, SR des Kantons GE, Marcel Schwerzmann, RR des Kt. LU und Rainer Gonzenach, Staatsschreiber des Kantons Thurgau, vertreten. Der Steuerungsausschuss hat die Prioritäten und strategischen Ziele der E-Government-Strategie 2020-23 angenommen (mit der Vergabe ein

Mandat an die Geschäftsstelle, den Umsetzungsplan für das erste Quartal 2019 vorzubereiten). Anlässlich der Sitzung vom April 2019 wurden die Rechnung und der Jahresbericht sowie eine Resolution zur Erneuerung der E-Government-Strategie Schweiz 2020-23 genehmigt. Dies beinhaltet namentlich Ergänzungen zu den Hauptelementen des Vernehmlassungsentwurfs, eine Verlängerung der Rahmenvereinbarung 2016-2019 und die Fertigstellung von Dokumenten zur Vernehmlassung bei der Eidgenossenschaft, den Kantonen und den Gemeinden (Frist bis zur Juni-Sitzung). In der Juni-Sitzung 2019 wurden die Projekte der E-Government-Strategie Schweiz und die öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung in die Vernehmlassung gegeben, mit dem Ziel, bis Ende 2019 eine Genehmigung durch die Eidgenossenschaft, die KdK, den Schweizerischen Städteverband und den Schweizerischen Gemeindeverband zu erreichen.

Aus Sicht der SSK und der Kantone stellt man mehr und mehr Diskussionen fest, die Fragen der Kompetenzen, namentlich auf Bundesebene, betreffen (was muss auf Bundesebene unternommen werden, z.B. bei der eID, was nicht). Die Kompetenzen müssen auch an der Schnittstelle der E-Government-Initiativen und der globalen Digitalisierungsentwicklungen beachtet werden. Es muss festgestellt werden, dass die zu Beginn der Periode 2016-19 festgelegten Ziele für das E-Voting nicht erreicht wurden.

Zu bemerken ist ferner, dass die Nachfolge des Vertreters der SSK in diesem Gremium geregelt werden muss, da der Unterzeichnende auf eine weitere Amtszeit als Staatsschreiber verzichtet. Das Vorgehen lautet wie folgt: Vorschlag durch die SSK, Nominierung durch die KdK.

Dr. Rainer Gonzenbach, TG

3.8 Fachgruppe Cyber, Sicherheitsverbund Schweiz (SVS)

Die Fachgruppe Cyber hat im Berichtsjahr die vier Teilprojekte zur Umsetzung der Nationalen Cyber-Strategie (NCS I) erfolgreich abgeschlossen. Die SSK ist von den Aufgaben der Fachgruppe nur am Rande und von den Teilprojekten wenig betroffen. Hingegen konnte der SSK-Vertreter in der Fachgruppe bei Fragen zum Einbezug und zur Sensibilisierung der Kantonsregierungen und -verwaltungen wertvolle Hilfe leisten.

Mit Blick auf die kommende Umsetzung der zweiten Nationalen Cyber-Strategie (NCS II) wurden erste Vorarbeiten geleistet. Es stellte sich in diesem Zusammenhang auch die Frage, ob die SSK weiterhin in der Fachgruppe vertreten sein soll. Seitens SVS wurde dies ausdrücklich gewünscht. Deshalb hat der SSK-Vorstand beschlossen, die Vertretung aufrechtzuerhalten und ihren bisherigen Vertreter weiterhin zu delegieren.

Mathias Brun, SZ

3.9 Steuerungsausschuss Vote électronique

Seit der letzten Herbstkonferenz traf sich der Steuerungsausschuss Vote électronique zu fünf Sitzungen (29. Oktober 2018, 20. Dezember 2018, 4. April 2019, 20. Mai 2019 und am 19. August 2019). Die Kommunikation der Bundeskanzlei und der Staatskanzleien wurde durch die AG VE SSK koordiniert.

Der Steuerungsausschuss beschäftigte sich mit der Umsetzung der Anforderungen an die universell verifizierbaren Systeme, also mit der Offenlegung des Quellcodes und dem öffentlichen Intrusionstest (OIT), und mit der bundespolitischen Diskussion zu E-Voting. Die politische Diskussion war geprägt durch nationalrätliche Vorstösse und die Lancierung der Moratoriums-Initiative. Mit dieser negativen Entwicklung fiel die Vernehmlassung des Bundesrates zusammen, mit der E-Voting zum dritten ordentlichen Stimmkanal erhoben werden sollte. Das Revisionsvorhaben musste im Juni 2019 zurückgezogen werden. Die Begleitung des PIT und die Feststellungen zur Publikation des Quellcodes machten eine Nachprüfung des für die Nationalratswahlen vorgesehenen individuell verifizierbaren Systems der Post notwendig. Aufgrund der Prüfungsergebnisse nahm die Schweizerische Post das individuell verifizierbare System, das bereits im Mai nicht zur Verfügung stand, am 3. Juli 2019 gänzlich vom Markt. Genf hatte bereits im November 2018 erklärt, dass es das System nicht weiterentwickeln würde und teilte im Juni schliesslich mit, dass es bereits für die Nationalratswahlen nicht mehr zur Verfügung stehen würde. Somit steht für die Nationalratswahlen 2019 kein E-Voting (elektronischer Stimmkanal) zur Verfügung.

Im kommenden Berichtsjahr wird es darum gehen, den Versuchsbetrieb neu auszurichten. Bereits heute steht fest, dass die E-Voting-Systeme künftig einem kontinuierlichen Risikomanagement-Prozess unterzogen werden müssen. Für die Kantone ist entscheidend, dass die Neuausrichtung inhaltlich und strukturell die Kompetenz der Kantone abbildet, die Wahlen und Abstimmungen durchzuführen.

Ausser von der Unterzeichneten wird die SSK im Steuerungsausschuss von Séverine Despland, NE, Canisius Braun, SG, Kathrin Arioli, ZH, Tobias Moser ZG und von den StellvertreterInnen Stefan Bilger, SH, Rainer Gonzenbach, TG, Lukas Gresch-Brunner, LU, Arnaldo Coduri, TI et Elisabeth Heer Dietrich, BL vertreten.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl, BS

3.10 Institutsrat des Instituts für Föderalismus

Der Institutsrat des Instituts für Föderalismus, in dem die SSK durch Staatsschreiber Christoph Auer vertreten ist, hat im Berichtsjahr zwei Sitzungen durchgeführt. Schwerpunkte bildeten eine Anpassung der Statuten an die neue Universitätsgesetzgebung des Kantons Freiburg sowie strategische Überlegungen mit Bezug auf die Motionen Vonlanthen (18.3238; Kompetenzzentrum für Föderalismus; langfristiges Sicherstellen qualitativ hochstehender Dienstleistungen für andere Staaten und im Inland) und SPK-N (19.3008; Kompetenzzentrum für Föderalismus; Beteiligung an der Grundfinanzierung). Der Institutsrat strebt – ganz im Sinne dieser Vorstösse – einen jährlichen Sockelbeitrag durch die öffentliche Hand an, wie er etwa zuhanden des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte vorgesehen ist. In personeller Hinsicht wurde der Institutsrat im Berichtsjahr durch Roland Mayer, Geschäftsführer der ch Stiftung, ergänzt.

Christoph Auer, BE

3.11 Runder Tisch Open Government Data (OGD)

Massgebend für den runden Tisch OGD ist die Strategie für offene Verwaltungsdaten in der Schweiz 2019–2023 (Open-Government-Data-Strategie, OGD-Strategie), die der Bundesrat am 30. November 2018 gutgeheissen hat. Der jährliche runde Tisch, der vom Bundesarchiv initiiert worden war, wird unter Leitung des GS EDI weitergeführt und tagt neu zweimal jährlich. Im Berichtsjahr konnte die SSK nicht teilnehmen.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl, BS

3.12 Andere Vertretungen

Die SSK wird in gewissen nationalen Instanzen von Kadern der Staatskanzleien vertreten.

3.12.1 Planungsausschuss E-Government Schweiz:

Der Planungsausschuss besteht aus je drei E-Government-Fachleuten aller drei Staatsebenen und zudem je zwei ständigen Stellvertretenden. Das Gremium hat zwischen Juni 2018 und Juni 2019 insgesamt sieben Mal getagt (13.06.2018, 28.09.2018, 22.11.2018, 25.01.2019, 27.02.2019, 15.03.2019, 10.05.2019). Einmal hat es im Zirkularverfahren beschlossen (11.10.2018).

Im Juni 2018 hat der Planungsausschuss die Geschäftsstelle beauftragt, eine externe Analyse der Wirksamkeit von E-Government Schweiz 2016-2019 durchführen zu lassen. Im November 2018 hat er den hierzu erstellten Bericht zur Kenntnis genommen und die wichtigsten Resultate dem Steuerungsausschuss an dessen Sitzung vom 09.04.2019 unterbreitet. Anfang 2019 hat der Planungsausschuss über die Zuteilung der Innovationen 2019 beschlossen und drei Projekte zur Unterstützung ausgewählt: «Conversational E-Government – Sprachassistenten für intuitive E-Government-Dienste», «Publikation von Basisregistern und zentralen Vokabularen als Linked Open Data», «Progressive Web-Applikationen für die Bevölkerung». Von Herbst 2018 bis Mai 2019 hat der Planungsausschuss an der Definition der Grundlegenden Dokumente für die E-Government-Zusammenarbeit ab 2020 gearbeitet. Die definitiven Entwürfe der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023, der Rahmenvereinbarung 2020 und des Umsetzungsplans 2020–2023 zur Konsultation von Bund, Kantonen und Gemeinden hat er dem Steuerungsausschuss an dessen Sitzung vom 03.06.2019 unterbreitet.

Peppino Giarritta, chef du département E-Government, ZH

3.12.2 Interkantonale Arbeitsgruppe E-Government (AGe-Gov)

Die Arbeitsgruppe E-Government organisierte im Laufe der Berichtsperiode vier Veranstaltungen. Neben allgemeinen Informationen aus den Kantonen, der Geschäftsstelle E-Government Schweiz und dem Planungsausschuss E-Government der SIK, von eOperations Schweiz und Vertreterinnen und Vertretern des Bundes wurden die folgenden hauptsächlichen Themen diskutiert:

Erneuerung der E-Government Strategie Schweiz;

Elektronische Identität (eID) und elektronische Signatur (Test eID, SwissID, Simple eSign);

Datenschutz (Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union (DSGVO), Austausch mit der eHealth-Welt);

E-Government-Gesetze der Kantone St. Gallen und Appenzell Ausserrhoden;

Systematischer Einsatz der AHVN13;

Verwaltungsreform im Zusammenhang mit den Kundenbedürfnissen;

Szenarien einer digitalen Demokratie.

Im Laufe der Berichtsperiode wurden David de Groot (JU) und Marc Heuberger (GR) in den Führungsausschuss gewählt, und Jonas Kuratli (AR) wurde als Präsident bestätigt. Mehrere Mitglieder der Expertengruppen sind Mitglieder des erweiterten Planungsausschusses E-Government Schweiz. Ferner haben Mitglieder der Expertengruppen als Experten an diversen strategischen Projekten teilgenommen.

Jonas Kuratli, Vertreter E-Gov, AR

4 Laufende Projekte

4.1 LexFind

Nach der Genehmigung des neuen Vertrags über die Erweiterung der Anwendung LexFind auf LexFind 2.0 mit Sitrox an der Frühjahrstagung 2018 in Siders und der Festlegung des neuen Kostenverteilschlüssels an der Herbstkonferenz in Genf hat die Konferenz den Vorstand damit beauftragt, die Eidgenossenschaft für eine Kostenbeteiligung anzufragen. Die Bundeskanzlei und das Bundesamt für Justiz haben angekündigt, dass sie sich die Kosten teilen würden, wenn die drei Bundesämter (BK, BJ, BGer) sich damit einverstanden erklärten. Die Direktion des Bundesgerichts, das ebenfalls angefragt wurde, hat sich, aufgrund einer fehlenden gesetzlichen Grundlage, leider von einer Beteiligung distanziert. Der Vorstand kontaktierte deshalb das Bundesgericht auf Stufe Präsidium und bat um eine erneute Prüfung der Angelegenheit.

4.2 Mokka/Ristretto

Nach der Einführung der MOKKA-Datenbank zu den Geschäften auf eidgenössischer Ebene im Mai 2017 hat sich die Staatsschreiberkonferenz bei den Verantwortlichen der KdK über verschiedene Lücken und Unzulänglichkeiten bei der Funktionalität und der Benutzerfreundlichkeit von MOKKA beschwert. Aufgrund der Rückmeldungen, des Bedarfs der KdK und der Direktorenkonferenzen für ein neues Föderalismus-Monitoringsystem im Haus der Kantone hat die KdK entschieden, die Datenbank MOKKA in eine neue Anwendung, RISTRETTO genannt, zu konvertieren. Das Föderalismus-Monitoring und das kantonale Monitoring der Aktivitäten des Bundes können damit sichergestellt werden. Die Anwendung befindet sich derzeit in einer Versuchsphase, und sobald diese mit Erfolg abgeschlossen ist, dürfte sie baldmöglichst allen Beteiligten zur Verfügung stehen. Künftig wird RISTRETTO vollständig durch das Budget der KdK, nämlich durch die jährlichen Beiträge der Kantone zum Budget der KdK, finanziert.

5 Andere Aktivitäten

5.1 Veröffentlichung von Studien

Im Berichtszeitraum wurde von der SSK keine Studie realisiert.

5.2 Interkantonale Vergleiche

Auf Verlangen einiger Staatsschreiberinnen und -schreiber wurden mehrere interkantonale Vergleiche durchgeführt und in der GBG der KdK publiziert. Es handelt sich für den Berichtszeitraum um folgende Vergleiche: um Fragebögen des Kantons Basel über die Praktiken bei den Repräsentationskosten und der Annahme von Geschenken durch die kantonalen Regierungen; über die Nichtigkeit des Stimmrechts aufgrund des Nichtvorhandensein eines Stimmrechtsausweises; über das Vorgehen zur Publikation von Berichten von parlamentarischen Kommissionen und die Anfrage des Kantons Zürich zu einer Beteiligung der Kantone am hundertjährigen Jubiläum des Bestehens des Zirkus Knie und schliesslich um den Vergleich zu den Renten der ehemaligen Staatsrätinnen und Staatsräte, die vom Kanton Freiburg durchgeführt wurde.